



"ISLAMISIERUNG DES ABENDLANDES IST EIN RECHTSPOPULISTISCHER KAMPFBEGRIFF"

Bundeszentrale für politische Bildung agitiert gegen „Islamfeindlichkeit“

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | SPD-Mann Thomas Krüger ist seit Juli 2000 [Präsident der Bundeszentrale](#) für politische Bildung (bpb), eine nachgeordnete Behörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern mit Sitz in Bonn. Der heute 59-jährige war von 1991 bis 1994 Senator für Familie und Jugend in Berlin und von 1994 bis 1998 Bundestagsabgeordneter der Spezialdemokraten. In der DDR hatte Krüger evangelische Theologie studiert und arbeitete als Vikar. 1989 gehörte er zu den Gründungsmitgliedern der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP), in der er bis 1990 als Geschäftsführer der SDP in Ost-Berlin wirkte. Vom 11. bis 24. Januar 1991 war er auf kommissarischer Basis der letzte Oberbürgermeister von Ost-Berlin.

2008 löste er einen Eklat aus, als er in einem Begleitbrief zur Verteilung der Zeitschrift „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ sogenannte „islamistische“ und evangelikale Gruppen in ihrer Infragestellung von Freiheitsrechten

[gleichsetzte](#). Damit dürfte klar sein, dass er wenig bis gar keine Ahnung von der immensen Gefährlichkeit des Politischen Islams hat.

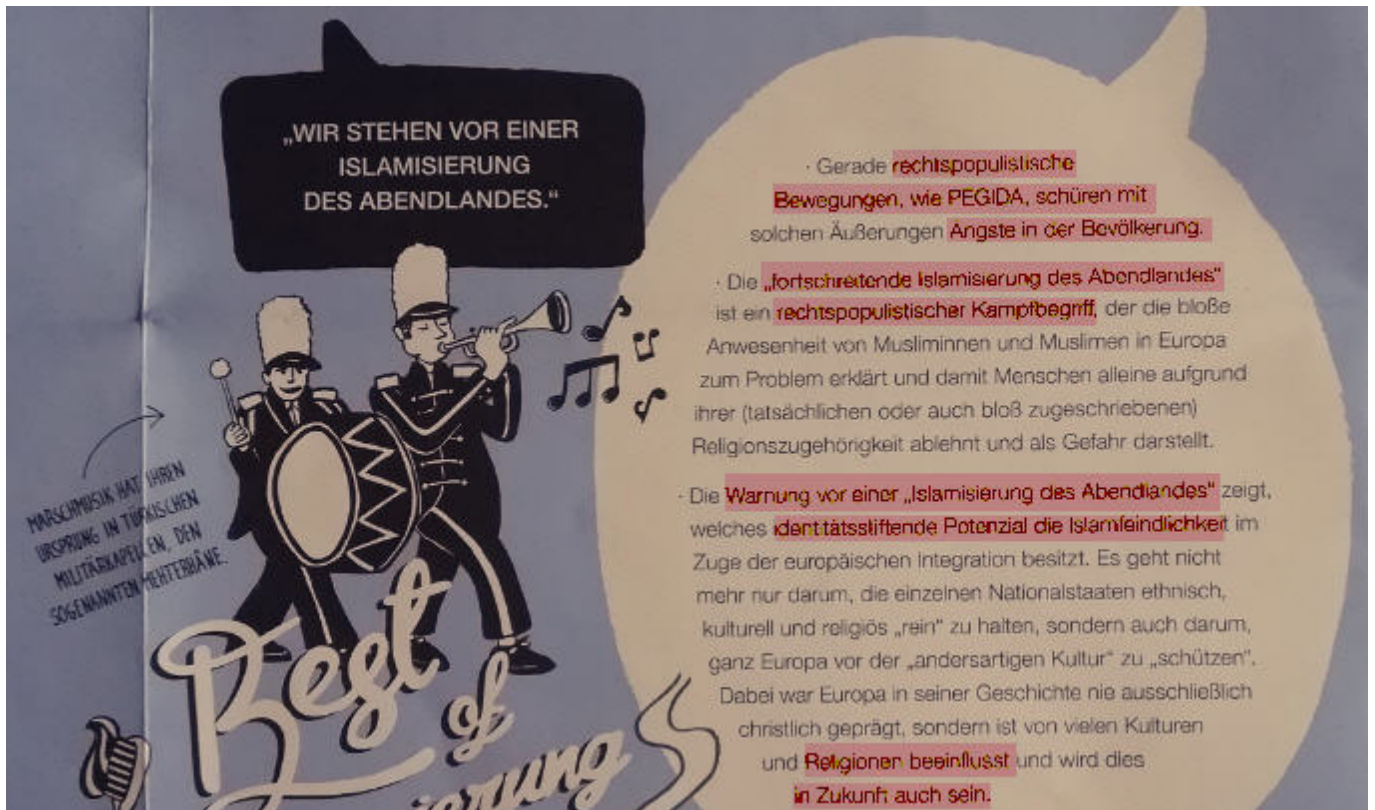
Aber es kommt noch besser: Seine Stellvertreterin ist seit 7. Januar die Moslemin Cemile Giousouf, die bei der Bundestagswahl 2013 als erste moslemische CDU-Direktkandidatin nominiert wurde. Sie kam dann über die Liste in den Bundestag, wurde aber 2017 nicht wiedergewählt. Daher hievte man sie auf den Posten bei der bpb, damit sie versorgt ist. Diese Bestellung wurde kritisiert, da Giousouf [laut Wikipedia](#) engen Kontakt zu türkischen Nationalisten („Graue Wölfe“), moslemischen Extremisten (Milli Görüs) und Erdogan-Anhängern (UETD) gepflegt habe. Ihre neue Position bei der bpb scheint sie nun intensiv für pro-islamische Propaganda auszunutzen.

Für die Frauen-Union in Nordrhein-Westfalen werkelt Giousouf seit 2010 im Arbeitskreis „Frauen und Integration“. Zudem gehörte sie dem „Leadership-Programm“ der Bertelsmann-Stiftung an, einem Netzwerk für Führungskräfte aus Migrant*innenverbänden. Im Jahr 2008 wurde Giousouf als Referentin im Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen eingestellt. Dort arbeitete sie in der Geschäftsstelle der Frauen- und Gleichstellungsministerkonferenz mit dem Schwerpunktthema „Frauen mit Zuwanderungsgeschichte“. Seit 2009 war Giousouf als Referentin im Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen in der Integrationsabteilung tätig. Die Angehörige der türkischen Minderheit in der Region Thrakien in Griechenland ist also äußerst umtriebig und kann durchaus als moslemisches U-Boot in der CDU angesehen werden.

So wundert es auch nicht, dass die Bundeszentrale für politische Bildung nun unter der Leitung der beiden die [Wandzeitung „Islamfeindlichkeit begegnen“](#) veröffentlichte, die neben einem völlig unverantwortlichen Appeasement auch noch eine Argumentationshilfe für Islamverharmloser liefert.

Die völlig berechtigte Kritik an dieser in weiten Teilen totalitären Ideologie wird als „Islamfeindlichkeit“ verleumdet, die „eine Form des gegenwärtigen Rassismus in Europa“ darstelle. Moslems würden hierbei „abgewertet, benachteiligt und gesellschaftlich ausgegrenzt“. Kritisch eingestellte Bürger werden als „islamfeindliche Personen“ bezeichnet, die davon ausgehen würden, dass Moslems aufgrund ihrer Kultur grundsätzlich und unveränderbar anders seien, eine „homogene Gruppe“, der zumeist negative Eigenschaften zugeschrieben werden. Dieses „negative Andere im Inneren Europas“ werde von der eigenen Gruppe ausgeschlossen.

Von der „Ausgrenzung“ seien nicht nur praktizierende Moslems betroffen, sondern auch Menschen, die „aufgrund ihres Aussehens oder ihres Namens“ als Moslems „markiert“ wären, unabhängig davon, ob sie sich selbst so beschreiben würden. Diese „Islamfeindlichkeit“ fände ihren Ausdruck oft in in alltäglichen Diskussionen, ohne dass sich die Beteiligten unbedingt als islamfeindlich verstehen würden. „Negative Zuschreibungen“ und Eigenschaften von Moslems sowie des Islams würden „als Wissen ausgegeben“, um die politische und soziale Benachteiligung von Moslems in der Gesellschaft zu begründen. Die „Diskriminierung“ von Moslems äußere sich „oft in Handlungen und Argumenten“, die die „diskriminierenden Personen“ als rechtmäßig und selbstverständlich ansehen.



Die Bundeszentrale für politische „Bildung“ begnügt sich aber nicht mit der begrifflichen Indoktrination, sie gibt auch noch Handlungsanweisungen und praktische Tipps für den Alltag. Wenn zum Beispiel in der Schule eine „Neue“ mit Kopftuch auflaufe, dann solle man dies keinesfalls als Symbol der Unterdrückung bezeichnen und erst Recht nicht der Forderung nach einem Verbot zustimmen. Moslemische Frauen hätten dazu „sehr unterschiedliche Meinungen“ und das Tragen würde „nichts über die Motivation seiner Trägerin aussagen“. Niemand dürfe das Recht haben, darüber zu entscheiden, ob eine Frau ein Kopftuch trage oder nicht. Im Rahmen des Ethikunterrichtes solle man sich über die „Kleidungsvorschriften anderer Religionen“ erkundigen, so als ob es eine vergleichbare andere Polit-Ideologie im Gewand einer Religion auf der Welt gebe:



EINE MOSCHEE IN DER NACHBARSCHAFT

In Ihrem Wohnort soll eine Moschee gebaut werden. Diese Tatsache erhitzt die Gemüter. Im Zuge dessen gibt es erhebliche Diskussionen und Ihre Nachbarn organisieren eine Anwohnerversammlung.

Es fallen Sätze wie „Wenn Christen in muslimischen Ländern keine Kirchen bauen dürfen, sollen die hier auch keine Moschee bauen dürfen.“

- Melden Sie sich zu Wort! Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland garantiert die Religionsfreiheit. Moscheen sind als Gebetsräume und Gotteshäuser wichtige Bestandteile islamischer Religionsausübung. Deshalb darf ihr Bau oder Betrieb auch nicht untersagt werden.
- Argumentieren Sie mit dem Gleichbehandlungsgrundsatz! Der Islam ist eine Religion neben anderen in Deutschland. Moscheen sind nicht nur notwendige Räume zur freien Religionsausübung, sondern Ausdruck davon, dass aus Eingewanderten inzwischen Bürgerinnen und Bürger geworden sind, die gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen und daher auch im Stadtbild sichtbar sein wollen. Menschenrechte dürfen nicht für ungültig erklärt werden, weil sie nicht weltweit durchgesetzt sind.
- Regen Sie an, unter Beteiligung der muslimischen Gemeinde einen Infoabend zu organisieren!

Wenn am Arbeitsplatz jemand sage, dass „Moslems nicht zu uns passen“, dann solle man nicht schweigen, sondern „dem neuen Kollegen helfen“. Die Bundeszentrale verwendet hier ganz bewusst nicht die beispielsweise von der AfD und Pegida benutzten Formulierungen „Der Islam passt nicht zu uns“ oder „Der Islam gehört nicht zu Deutschland“, sondern versucht die Diskussion auf die Ebene der Menschen zu schieben, damit man eine „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ unterstellen kann.

Dem stichhaltigen Argument der „andersartigen Kultur“ solle man mit dem Vorwand begegnen, dass man Menschen nicht auf ihre Kultur reduzieren könne, denn „jeder“ könne sich schließlich auch „einer anderen Kultur zugehörig“ fühlen. Damit ignoriert man den totalitären Charakter des Politischen Islams, der genau das ablehnt und von seinen Anhängern strikte Gehorsamkeit zur Abgrenzung bis hin zur Feindseligkeit einfordert. Aber die Bürger sollen mit dieser Wandzeitung dazu erzogen werden, in einer geradezu blinden Toleranz den Islam vor Kritik zu schützen. Bei Diskussionen am Arbeitsplatz solle man „Verbündete“ unter den Kollegen suchen, was eine „sichere Ebene für das Gespräch“ schaffe, um den kritischen

„Sprücheklopfer“ ins „Leere laufen“ zu lassen:



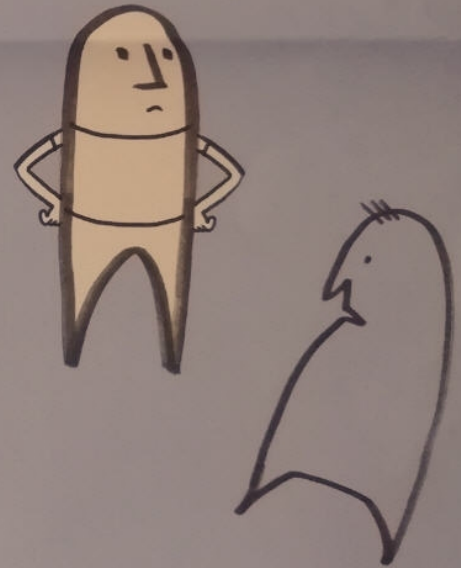
Schließlich besitze die in Abrede gestellte „Islamisierung“ nur positive Merkmale. So habe die Marschmusik ihren Ursprung in türkischen Militärkapellen. Mohammed habe einen Zweig des sogenannten „Zahnbürstenbaumes“ zur Mundhygiene benutzt und damit sozusagen die Zahnbürste „einem breiten Publikum bekannt“ gemacht. Nicht zuletzt muss auch noch der Kaffee, der im 17. Jahrhundert von einem osmanischen Kaufmann nach London gebracht wurde, als islamische Bereicherung herhalten. Dies stellt man ironisch als „Best of Islamisierung“ dar:



Nach der geistigen Indoktrination folgt beinhartes Agitprop: man solle in jedem Fall seine gegenteilige Meinung äußern und den vermeintlich hetzenden Rechtspopulisten die Stirn bieten, selbst wenn man „nicht alles mit festen Argumenten“ unterfüttern könne. Sozusagen nach dem Herdentrieb, damit auch andere „Mut“ bekommen, sich anzuschließen:

ZEIGEN SIE HALTUNG!

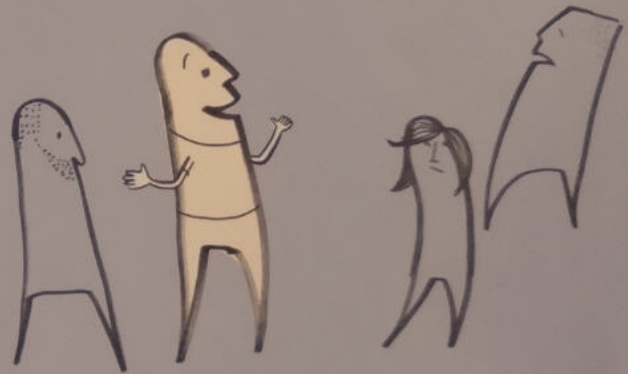
Feindliche Einstellungen gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen beschränken sich nicht auf die rechte Szene. Sie begegnen uns überall. Aber wir können etwas dagegen tun, wenn wir uns der Auseinandersetzung stellen. Überzeugungstäterinnen und Überzeugungstäter werden ihre Meinung nicht durch ein Gespräch ändern, aber sie spüren den Gegenwind.



Um in der Auseinandersetzung mehr Erfolg zu erzielen, sollte man die Zuhörer „gewinnen“ und „begeistern“. Dazu sollte man „persönliche Geschichten“ und „eigene Erfahrungen“ erzählen, wenn möglich noch „mit Humor“:

SCHAFFEN SIE SICH VERBÜNDETE!

Beteiligen Sie Kolleginnen und Kollegen oder Nachbarinnen und Nachbarn am Gespräch oder greifen deren Argumente auf! Das schafft neue Ebenen. Wer argumentiert schon gern allein? Gibt Ihnen jemand ein gutes Argument, nehmen Sie es auf! Berufen Sie sich auf Gemeinsamkeiten! Das nehmen Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner meist positiv auf.



Den als krakeelenden Unsympathen dargestellten „Rechtspopulisten“ sollte man ruhig entgegentreten und sich nicht „provozieren“ lassen:



Je brutaler die gefährlichen Bestandteile des Islams – die mittlerweile [sogar von der CSU](#) als zu bekämpfender „Politischer Islam“ erkannt wurden – in der Öffentlichkeit sichtbar werden, desto dreister die Versuche von staatlicher Seite, die deutsche Bevölkerung immer intensiver pro-islamisch zu indoktrinieren. Diese Gehirnwäsche erinnert an unselige DDR-Zustände. Aber im Interview mit dem Deutschlandfunk bestritt der in einer linksradikalen Gesellschaft sozialisierte Krüger im Jahr 2015, dass die von ihm geleitete Bundeszentrale mit Propagandamethoden arbeitet:

„Also, man muss natürlich sagen, dass Bildung immer ein offener Prozess ist. Wir leben in einem Land, in dem Agitation und Propaganda nicht angesagt ist. Bildung sind offene Lernprozesse.“

Auf die Frage nach einer Aufklärungsoffensive gegen „Islamisten“ wick er aus:

„Ich kann das natürlich und bin als der Präsident einer nachgeordneten Behörde des Bundesinnenministeriums sogar in der Pflicht, ihm Wünsche zu erfüllen – am besten mit den Mitteln, die wir sehr gut können, nämlich politischer Bildung. Die politische Bildung darf nicht verwechselt werden mit Agitation und Propaganda.

Ich hatte kürzlich Gelegenheit, mit dem Bundesinnenminister darüber zu sprechen. Wir sind uns komplett einig darin, dass die Methoden und die Wege, diese Themen in der Gesellschaft zu reflektieren und zu diskutieren, am besten mit unabhängiger parteiübergreifender und neutraler politischer Bildung gelingen kann. Agitation und Propaganda wird immer durchschaut als solches.“

Statt die Bevölkerung über die gefährlichen Bestandteile des Islams aufzuklären, solle in ihr vielmehr die Akzeptanz für ihn geweckt werden:

*„Es ist wichtig, dass wir **ein Klima in unserer Gesellschaft erzeugen, um die Ängste und die Nöte, die Leute haben, aufzugreifen und kritisch zu hinterfragen und zu reflektieren.** Wir finden die **Phänomene der Proteste der Straße** eigentlich in allen europäischen Ländern. Und die haben sehr stark zu tun mit diesen Dimensionen, dass Politik stärker über die Grenzen hinausreicht, dass sie transnationaler wird, dass **Gesellschaften bunter werden, hybrider werden, dass man mit sehr vielen unterschiedlichen Religionen zusammen existieren und leben muss.** Und jeder hat seinen exklusiven Anspruch.*

*Demokratien funktionieren nur, wenn sie **soziale Praktiken der Anerkennung einüben.** Und das ist ein Lernprozess, dem man **sich stellen muss.** Wir setzen uns deshalb sehr intensiv schon seit einigen Jahren mit diesen **rechtspopulistischen Tendenzen***

in den europäischen Gesellschaften auseinander. Gerade in diesem Jahr haben wir eine große Fachtagung gemacht und die Bewegungen, die es in den verschiedenen europäischen Ländern gibt, analysiert und auch versucht, Strategien für Bildungsprozesse zu entwickeln.“

[Aus diesen Formulierungen](#) Krügers ist unschwer herauszulesen, dass die Bevölkerung auf totale Toleranz getrimmt werden soll. Kritische Meinungen werden als „rechtspopulistisch“ bezeichnet und sind ganz offensichtlich politisch unerwünscht. Krüger gilt ohnehin seit der 2018 veröffentlichten Publikation „Sexualitäten, Geschlechter und Identitäten“, in der laut einer Anfrage der AfD im Bundestag heterosexuelle Ehen abwertend dargestellt und Heterosexuellen eine Diskriminierung Homosexueller sowie eine „Abwehr gesellschaftlicher Pluralisierung“ unterstellt werden, als linksgrün tickend. [Die Tagespost schrieb](#) dazu am 3. April:

Als Präsident der Einrichtung, die dem Bundesinnenministerium nachgeordnet ist, amtiert Thomas Krüger, über den es wegen seiner deutlichen politischen Orientierung nach grünlinks schon manche öffentliche Debatte gab.

Zu allem Übel ist die frühere Bundestagsabgeordnete und Moslemin Cemile Giousouf (CDU) seit dem 7. Januar auch noch die Vertreterin von Krüger und [Leiterin der Fachabteilung](#). Kein Wunder, dass diese Wandzeitung ([im bpb-Shop](#) kostenlos zzgl. Versandgebühren bestellbar) angesichts dieses moslemischen Einflusses vom „Fachbereich Extremismus“ der bpb gestaltet wurde. Fragen an den Präsidenten kann man unter diesen Kontaktdaten stellen: